

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 21 (1995)

Heft: 1

Artikel: Die schweizerische Partizipationsforschung im Lichte aktueller
theoretischer Zugänge und Debatten im Ausland : ein Literaturbericht

Autor: Hardmeier, Sibylle

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-814756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE SCHWEIZERISCHE PARTIZIPATIONSFORSCHUNG IM LICHT AKTUELLER THEORETISCHER ZUGÄNGE UND DEBATTEN IM AUSLAND. EIN LITERATURBERICHT

Sibylle Hardmeier

Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern

Einleitung

Die Schweiz ist ein Land mit weit ausgebauten direkt-demokratischen Mitteln. Trotzdem ist die schweizerische Partizipationsforschung¹ sowohl in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht seit ihrem Höhepunkt in den 70er Jahren nicht viel fortgeschritten. Im Ausland hingegen häufen sich die Studien zur Partizipation, wobei die Themenpalette einen hohen Grad an akademischer Arbeitsteilung widerspiegelt. Die Folge dieser arbeitsteiligen Forschung sind zahlreiche Studien, die sich je nach Theorie auf einzelne Determinanten des Teilnahmeverhaltens konzentrieren, aber nur selten versuchen, die verschiedenen Modelle auf ihre unterschiedliche Erklärungskraft hin zu prüfen. Wichtige Ausnahmen bestätigen die Regel (Dennis, 1991a; Katosh/Traugott, 1982; Lewis-Beck/Lockerbie, 1989; Rose/Mc Allister, 1992). Für die Schweizer Partizipationsforschung bietet die Orientierung an diesem aktuellen Stand der ausländischen Forschung eine doppelte Chance: Einerseits kann sie eine Lücke im eigenen Forschungsbereich schliessen und stärker theoriegeleitet arbeiten. Wo bereits sophistische bzw. bewährte Thesen und Operationalisierungen bestehen, bieten sich Übernahmen und Adaptionen an, so dass auch ein Beitrag zur international vergleichenden Forschung geleistet werden kann. Andererseits kann die schweizerische Forschung vermehrt ihr Hauptaugenmerk auf eine systematische und theoretisch vergleichende Diskussion richten. Was auch in der Schweiz fehlt, ist eine Überprüfung der vorherrschenden Erklärungsmodelle im Hinblick auf ihre unterschiedliche Erklärungskraft und ihre Wirkungszusammenhänge.

1 Grundsätzlich verstehe ich unter Partizipation alle möglichen Aktionsformen, durch welche Stimmbürger und Stimmbürgerinnen ihren politischen Willen äussern. Politische Beteiligung setzt immer zwei Entscheidungen voraus: Erstens muss darüber entschieden werden, *ob* man partizipieren will oder nicht und zweitens fällt immer auch ein Entscheid darüber, *wofür* man sich einsetzen will. In diesem Artikel interessiert die erste Entscheidung, die zur faktischen Beteiligung führt. Literatur, die sich mit der zweiten Dimension des Entscheids – insbesondere dem eigentlichen Wahl- oder Abstimmungsverhalten – auseinandersetzt, wird deshalb nicht speziell berücksichtigt.

Der vorliegende Artikel berichtet über die Literatur der schweizerischen Partizipationsforschung aus dem Blickwinkel der aktuellen Theoriediskussionen im Ausland. Im ersten Kapitel folgt eine kurze Beschreibung der vorherrschenden Theorieansätze in der Partizipationsforschung sowie eine erste Klassifizierung der Schweizer Forschung. Die folgenden drei Kapitel vertiefen diese theoretischen Ansätze und diskutieren deren Schwachpunkte und Erweiterungsmöglichkeiten. Das letzte Kapitel formuliert Schlussfolgerungen und Vorschläge für die zukünftige Partizipationsforschung.

1. Die drei Paradigmen

Die Dreiteilung der wichtigsten Forschungsansätze in der Partizipationsforschung in den „structural approach“, den „social-psychological approach“ und den „rational-choice approach“ ist im angelsächsischen und deutschsprachigen Raum (etwa Dennis, 1991b für die USA; Harrop/Miller, 1987 für Grossbritannien; Falter/Schumann/Winkler, 1990, für Deutschland) weitgehend akzeptiert. Diese drei Ansätze werden im folgenden idealtypisch dargestellt (vgl. auch Tabelle 1).

„Structural approach“: Der soziologische Ansatz

Bereits die frühe Wahlgeographie zeigte, dass Parteien in Gebieten mit unterschiedlichen Sozialstrukturen unterschiedlich erfolgreich sind; offenbar fällt das Wahlverhalten je nach Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen unterschiedlich aus. Auf diese Beobachtung stützten sich Lazarsfeld und sein Team an der Columbia University in ihren Studien in den vierziger Jahren. Ihr mikro-soziologisches Erklärungsmodell des Stimmverhaltens geht davon aus, dass die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen mit ihren spezifischen Werten und Normen, die Kommunikation mit „opinion leaders“ und das nächste soziale Umfeld der Stimmberechtigten entscheidende Determinanten der Teilnahmeverhaltens sind. Eine heute noch aktuelle Kritik an einigen mikro-soziologischen Studien, wonach diese atheoretisch seien und kaum kausale Prozesse offenlege, motivierte bereits in den 60er Jahren Lipset und Rokkan zu einer makro-soziologischen Weiterentwicklung des Ansatzes. Sie legten die bekannte Cleavage-Theorie des Wahlverhaltens vor. Für die Partizipationsforschung im engeren Sinne blieb jedoch die mikro-soziologische Sichtweise dominant. Dabei wurde in den letzten Jahren dem sozialen Kontext wieder vermehrte Bedeutung zugemessen, und der Ansatz erfuhr mit dem Konzept der ego-zentrierten Netzwerke eine wesentliche Erweiterung und Aktualisierung.

„Social-psychological approach“: Der sozialpsychologische Ansatz

Der sozialpsychologische Ansatz von Campbell et al. an der University of Michigan wurde in den fünfziger Jahren in direkter Konkurrenz zum soziologischen Erklärungsansatz entwickelt. Zwar verneint dieses Modell den Effekt gesellschaftlicher und kontextueller Variablen auf das Wahlverhalten nicht, in der trichterförmigen Struktur der Erklärungsfaktoren („funnel of causality“) für politisches Verhalten sind sie aber kausal zweitrangig. Unmittelbar dem Verhalten vorgelagert werden vielmehr politische Einstellungen. Diese Prädispositionen charakterisieren die psychologische Involvierung der Bürgerschaft. Das Verhältnis zwischen Involvierung und Beteiligung wiederum umschreiben Campbell et al. folgendermassen: The „stronger the individual's psychological involvement the more likely he is to participate in politics by voting“ (Campbell et al., 1980, 102). Als Wegbereiter dieses Konzepts der Involvierung gilt Lasswell (Stone, 1991). In der Konzeptualisierung des Effektivitätsindex als zentraler Determinante für das politische Teilnahmeverhalten wiederum ist die Parallele des Michiganer Modells zur Theorie des sozialen Lernens von Rotter (1966) und zu (sozial)psychologischen Attributionstheorien (z. B. West/Wicklund, 1985) offensichtlich. Allerdings wird mit Recht kritisiert, diese theoretischen Querbezüge würden nur selten offengelegt. Diese mangelnde Offenlegung hängt auch damit zusammen, dass dieser Ansatz sich – trotz den theoretischen Wurzeln – nicht so sehr für die Entstehung von Einstellungen interessiert, sondern eher für die Auswirkungen dieser Einstellungen auf das politische Verhalten.

„Rational-choice approach“: Der politökonomische Ansatz

Wer Partizipation politökonomisch zu erklären versucht, geht von einer Theorie rationalen Handelns aus. In seinem bahnbrechenden Werk „An Economic Theory of Voting“ setzte Downs 1957 diese Theorie erstmals für das Wahlverhalten um. Danach lässt sich politisches Handeln durch Tauschbeziehungen wie auf dem Markt erklären, und sowohl Produzenten der Politik (Parteien sowie Politikerinnen und Politiker) als auch Konsumenten und Konsumentinnen (die Stimmberechtigten) verhalten sich rational. In bezug auf den Teilnahmeentscheid für Wahlen heisst das, die Stimmberechtigten wägen den erwarteten Nutzen und die Kosten (vor allem der Informationsbeschaffung) ab. Erwarteter Nutzen hängt dabei vor allem von zwei Faktoren ab: Vom sogenannten Parteien- oder Kandidatendifferential, das heisst von der Differenz zwischen dem Nutzen der zwei zur Auswahl stehenden Alternativen sowie von der Wahrscheinlichkeit, ob die eigene Stimmabgabe für den Wahlentscheid ausschlaggebend ist. Da aber in jedem real existierenden Elektorat die Kosten

Tabelle 1
Die drei Ansätze zur Erklärung des Partizipationsverhaltens* im Überblick

<i>Ansätze und ihre Schulen</i>	<i>Der soziologische Ansatz (structural approach)</i> Columbia University	<i>Der sozialpsycholog. Ansatz (party identification approach)</i> University of Michigan	<i>Der ökonomische Ansatz (rational-choice approach)</i> University of Rochester
<i>Repräsentanten und Eckdaten</i>	<i>mikrosoziologisch:</i> Lazarsfeld (1944); Berelson (1954) Wolfinger & Rosenstone (1980) <i>makrosoziologisch:</i> Lipset & Rokkan (1967)	Campbell, Converse Miller, Stokes (1954; 1960)	Downs (1957), Riker & Ordeshook (1968) Ferejohn & Fiorina (1974)
<i>Disziplinärer und methodischer Fokus</i>	Induktiv Gruppenansatz: Aggregat-Daten	Induktiv Individualansatz: Individual-Daten	Deduktiv Individualansatz: Aggregat-Daten
<i>Theoretische Prämissen des Wahlverhaltens</i>	Determiniert durch Gruppenbezüge; langfristig stabil, prädisponiert. „Index der politischen Prädisposition“	„Funnel of causality“: Parteiidentifikation, Kandidaten- und Problemorientierung dem Wahlscheid unmittelbar vorgelagert. Psychologische Mitgliedschaft	Kurzfristiges, individuelles Kosten-Nutzen-Kalkül; „Minimax regret“: Minimierung des grössten Übels „Closeness of election“: Knappheit des Wahl- bzw. Abstimmungsergebnisses
<i>Determinanten des Wahlverhaltens</i>	Soziale Gruppen und Räume, soziale Einbindungen. „Gesellschaftliche Konfliktstrukturen“	Politische Einstellungen: Partei-, Personen- und Sachorientierung. Psychologische Einbindungen	Kosten-Nutzenabwägungen. Ökonomische Variablen

(Fortsetzung Tabelle 1)

<i>Kritikpunkte</i>	Atheoretisch. Kausale Ambiguität. Sozialer Determinismus. Abnehmende Parteibindung. Vernachlässigung kurzfristiger Effekte.	Atheoretisch. Stabile Parteidentifikation.	Individualismus. Keine Gruppenbezüge. Keine Hinterfragung des Rationalitätsaxioms. Erklärung der Stimmeteiligung.
<i>Weiterentwicklungen</i>	Soziale Prozesse, die Differenzen bei soziodemographischen Merkmalen bewirken. Kontext- und Netzwerkanalysen.	Sozialpsychologische Theorie der Involvierung.	Empirische Tests der theoretischen Annahmen. Definition von „Rationalität“. Bedingungen für rationales Verhalten.

Quellen: Quelle: Dennis (1991b), Falter et al. (1990), Harrop/Miller (1987).

-
- Unter Partizipationsverhalten wird sowohl der Akt der Stimmbeteiligung als auch das konkrete Stimmverhalten verstanden.

höher sind als der individuelle Nutzen (als entscheidende Medianwählerin aufzutreten), gibt es eigentlich nur irrationale UrnengängerInnen und rationale Nicht-UrnengängerInnen. Um dieses theorieinhärente „paradox of not voting“ zu lösen, wurden innerhalb der rational-choice-Tradition verschiedene Lösungsansätze entwickelt (Miller, 1986). Downs (1957) selbst verwies zum Beispiel auf langfristige Nutzenfaktoren wie z. B. die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung. Riker und Ordeshook (1968) wiederum wiesen darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit einer entscheidenden Stimme auch eine positive Funktion der erwarteten Knappheit eines Wahlausgangs sein kann. Ferejohn und Fiorina (1974) schliesslich erklärten, die Wählerinnen und Wähler würden nicht immer versuchen, den Nutzen zu maximieren, sondern mitunter auch, das grösste Übel zu minimieren („minimax-regret“ Kriterium).

In der Schweiz werden diese drei Paradigmen vor allem in jüngster Zeit rezipiert. Zwar bevorzugten auch ältere Studien bestimmte – vor allem soziologische oder sozialpsychologische – Zugänge, aber eine Systematik der theoretischen Zugänge fehlte bis anhin sowohl in Lehrbüchern als auch in Forschungsprojekten. So werden zum Beispiel im Artikel von Levy/Zwicky (1984) über die politische Partizipation im Handbuch zum Schweizerischen Politischen System keine theoretischen Einordnungen vorgenommen. Es interessieren vielmehr die möglichen Aktionsformen. Die bisherige schweizerische Literatur wird hier nach den Untersuchungsebenen „mikrosozial – makrosozial“ und dem Untersuchungsfokus „Einstellung – Verhalten“ unterschieden. Noch 1987 nimmt Gruner (1987, 288) in seiner Einteilung der vorherrschenden Richtungen in der Schweizerischen Wahlforschung in Anlehnung an einen Artikel von Diederich eine Unterteilung der Forschungsrichtungen vor, die keinen Bezug zu den hier besprochenen Paradigmen herstellt: Wahlgeographie, Wahlstatistik, Wahlverhaltensforschung mit individuellen oder aggregierten Daten, Wahlkampfmonographien, Wechselwirkungen zwischen Wahl und Parteiensystem.

Erst in jüngster Zeit wird die im angelsächsischen Raum übliche Unterteilung der Forschungsrichtungen rezipiert (vgl. Tabelle 1). Vatter (1994) übernimmt sie in seiner Dissertation vollständig. Burri/Schneider (1993) und Eppel-Gass (1989) unterscheiden eindeutig zwischen dem soziologischen und politökonomischen Ansatz. Wie Vatter ordnen sie darüber hinaus, diesen theoretischen Zugängen auch bestimmte Schulen und Personen zu: Für den soziologischen Ansatz steht die „Zürcher Schule“ mit Heintz und dessen Schülern Meier-Dallach und Nef. Auch der politökonomische Ansatz ist in Zürich stark vertreten, insbesondere durch Schneider, Pommerehne, Kirchgässner und Frey. Vergleichen wir diese zwei Gruppen mit den Forschungsparadigmen, so sind die Konvergenzen in der Tat eindeutig: Die „Zürcher Schule“ pflegt den Gruppenansatz; im Zentrum ihrer Untersuchungen stehen soziokulturelle und

soziostrukturelle Strukturen und sie stützt sich vor allem auf Aggregatdaten. Die Vertreter des politökonomischen Ansatzes in Zürich stützen sich auf das Axiom des Kosten-Nutzen-Kalküls, heben ökonomische Variablen wie Inflationsrate, Einkommen etc. hervor und stützen sich vorwiegend auf Aggregatdaten.

Etwas schwieriger gestaltet sich die Zuordnung von Schweizer Autoren und Autorinnen zum sozialpsychologischen Ansatz. Auch Epple-Gass und Buri/Schneider bekunden für diese Gruppe Mühe, immerhin deutet in beiden Fällen die personelle Zusammensetzung auf eine „Berner Schule“ hin: Namen wie Gruner, Hertig, Linder und Longchamp repräsentieren die Gruppe.² Da sich die „Berner Schule“ vor allem in jüngster Zeit an das Konzept der „Civic Culture“ von Almond und Verba mit seinem individualistischen Fokus auf politische Einstellungen und Orientierungen anlehnt, scheint die Bezeichnung als sozialpsychologisch durchaus als legitim.³ Die von Burri/Schneider vorgenommene Apostrophierung als „Wertewandel-Theorie“ scheint mir hingegen unbefriedigend.⁴

Gewisse Zuordnungsprobleme zeigen, dass Vergleiche zwischen theoretischen Ansätzen gezwungenermassen idealtypisch sind. Wenn im folgenden ein bestimmtes Werk einem bestimmten theoretischen Ansatz zugeordnet wird, bedeutet das nicht, dass es nicht auch von anderen Ansätzen beeinflusst ist. Neben der Anlehnung an die idealtypische Dreiteilung wird deshalb jeweils im Text die Zuordnung begründet.

2. Der soziologische Ansatz

Implizit lehnen sich auch in der Schweiz beinahe sämtliche Untersuchungen zur Stimm- und Wahlbeteiligung an den klassischen soziologischen Ansatz an, wenn sie die Beteiligungsraten verschiedener sozialer Gruppen darstellen. Allerdings wird gerade dann eine zentrale Kritik an vielen soziologischen Arbeiten besonders aktuell. Soziologische Kategorien können eine kausale Ambiguität enthalten, die selten aufgelöst wird (Dennis, 1991a, 65). The „studies that focus most of their attention on these sociodemographic differences in voter behavior either do not have a theory of what causal processes are at work to produce such differences, or else they need to seek their causal explanations in forces that lie behind such observed differences“ (Dennis, 1991a, 30). Für die

2 Die alte Berner Schule verfocht eher einen historischen Ansatz; Gilg/Frischknecht hoben auch die Bedeutung von soziologischen Strukturvariablen hervor.

3 So auch Vatter (1994).

4 Damit wird nicht ausgeschlossen, dass politische Kultur auch aus der soziologischen Perspektive behandelt werden kann.

in diesem Zitat zuletzt erhobene Kritik steht zum Teil das Schlusskapitel einer älteren Arbeit von Steiner (1969, 153 ff.). Entgegen seinem Anspruch, das Problem mehr von der soziologischen Seite anzugehen, liefert der Autor eigentlich sozialpsychologische Erklärungen. Der erste Kritikpunkt von Dennis kann am Beispiel der häufig festgestellten, geringeren Beteiligung von jungen Stimmberechtigten erläutert werden. Auch für die Schweiz bleibt nämlich die Frage offen, welche Ursachen hinter dieser geringeren Partizipationsrate liegen: Sie kann mit einer grösseren geographischen Mobilität zusammenhängen, mit weniger starken emotionalen und wirtschaftlichen Bindungen an eine politische Einheit, mit den noch wenig ausgebildeten Rollenverständnissen und sozialen Stati, oder auch mit vorhergehenden politischen Erfahrungen sowie mit kohorten- und generationenspezifischen Prozessen⁵.

Im Sinne dieser Kritik lässt auch die Schlussfolgerung des Theorievergleichs von Buri/Schneider anhand einer Sekundäranalyse der VOX-Daten mehr Fragen offen als sie beantwortet: Die Autoren verwenden als soziologische Variablen die Lebensstandardklasse, die berufliche Stellung, das Alter, die Bildung, das Geschlecht sowie die Zugehörigkeit zu einer (sprachlichen) Minderheit und schliessen: „Diese Resultate zeigen, dass sich soziologische Ansätze vor allem für die Analyse der Stimmabstinenz eignen ...“ (Buri/Schneider, 1993, 413). Ansätze für Begründungen im Sinne von kausalen Prozessen liefern Buri und Schneider dazu aber nicht.

Einen soziologischen Ansatz, der über den einfachen Einsatz von soziodemographischen Merkmalen hinaus geht, liefern die Vertreter der „Zürcher Schule“, Nef und Meier-Dallach. Allerdings liegt das Hauptinteresse dieser Autoren an der Deutung des Abstimmungsverhaltens. Der eigentliche Partizipationsentscheid wird nur am Rande behandelt. Dennoch lassen sich vor allem bei Nef Hinweise für Erklärungsansätze finden, die sich auf soziostrukturelle und soziokulturelle „Grundtatbestände“ stützen. So erklärt er die sinkende Stimmbeteiligung vor allem damit, dass „die Kultur der politischen Teilnahme und die damit verknüpfte partizipative Relevanz des Politischen“ durch die Prosperität der Ökonomie erodiert seien (Nef, 1979, 169). Daraus ziehen Buri/Schneider den Analogieschluss, wirtschaftlich schwache Stimmberechtigte und Angehörige einer sprachlichen Minderheit würden eher zu den Nicht-UrnengängerInnen gehören.

Zur Erörterung der Wahlabstinenz wählten bereits Girod und Ricq in den 60er und 70er Jahren die soziologische Perspektive und hielten fest: „Quoi qu’il en soit, il faut reconnaître que l’analyse écologique permet de saisir

5 Die Generationenthese bestätigte jüngst Mottier, die sich auf 50'000 gepoolte Interviews stützen kann (Mottier, 1992).

certains déterminants particulièrement importants de l'abstentionnisme électoral" (Girod/Ricq, 1970, 89). Eine der entscheidenden Determinanten sei das „climat communal“. Besonders die informelle politische Kommunikation in einer kleinen, agrarischen Gemeinde erhöhe die Partizipation: „En somme, pour en revenir au climat de la vie communale (ou de quartier), si dans une petite commune rurale les personnages clés des réseaux de relations sociales sont aussi fort souvent rattachés de près ou de loin au milieu que forment les animateurs de la vie publique de l'endroit, il n'en va probablement pas de même dans les arrondissements de la ville" (Ebenda, 79). Die Autoren bestätigen damit die These des „decline of community“ (Verba/Nie/Kim, 1987, 269 ff.). In die gleiche Richtung weisen die Forschungsergebnisse von Vatter (1994), Eschet-Schwarz (1989, 264) und Ladner (1991), der die Beteiligungen an Gemeindeversammlungen untersuchte. Dennoch bleibt der Wirkungszusammenhang zwischen Gemeindegrösse und Partizipationsverhalten unklar, denn hinter der Beziehung verbergen sich komplexe Annahmen über die Wirkung ländlicher oder städtischer Strukturen, Einbindungen ins Vereinsleben, Kontaktdichte oder Individualisierungs- bzw. Anonymisierungsgrad von Gemeinden (Linder, 1980, 21 ff.). Deshalb behalten vorerst die zurückhaltenden Thesen von Dahl/Tufte (1974) oder Milbrath/Goel (1977, 110) ihre Gültigkeit: „It is not the size of community but the type of community that affects the degree of political participation.“

Partizipationsforschung, die sich auf die Auflistung der Beteiligungsunterschiede bestimmter sozialer Gruppen beschränkt, ist also noch keineswegs soziologisch. Soziologisch wird sie erst, wenn sie theoriegeleitet versucht, den sozialen Kontext (Dennis, 1991b, 63), das heisst vor allem die soziale Umgebung und die persönlichen Netzwerke, in ihre Forschung zu integrieren. Eine solche Weiterentwicklung des soziologischen Ansatzes hat sich im Ausland als Forschungsrichtung unter dem Etikett „social context“ oder „political networks“ etabliert. Sie greift die von Lazarsfeld et al. bereits in den 40er Jahren gemachte Entdeckung wieder auf, wonach die Stimmberechtigten mit ihren Meinungsbildern und Kommunikationsmustern in ein Netzwerk von sozialen Beziehungen eingebunden sind. Entsprechend unmissverständlich fällt die Kritik an einer einfachen Demographie aus: „Analysis of demographic factors is especially individualistic because it focuses on characteristics that define isolated persons who are essentially unaffected by community life“ (Pomper/Sernekos, 1991, 11)⁶. Als eine bedeutende Variable dieses „community

6 Zwanzig Jahre später rücken Pomper und Sernekos übrigens in erstaunliche Nähe zu Girod. Ihre Stossrichtung wird heute unter dem Begriff „Kommunitarismus“ subsumiert: „We might do better to return the Aristotelian premise that humans are by nature social and political. ... we can speculate that community involvement explains the trends in voter participation. The past quarter of a century had evidenced a continuation, perhaps an acceleration, of the historical decline of American communities“ (Pomper und Sernekos, 1991).

life“ gilt die Nachbarschaft⁷. Konzeptualisierungen dazu wurden in jüngster Zeit immer mehr verfeinert und zum Beispiel mit einem Ansatz, welcher Partizipation als Funktion von divergierenden Interessen und Rollenerwartungen definiert, erweitert. So kann Abowitz zeigen, dass die Beteiligungsrate nicht nur entsprechend der sozioökonomischen Zusammensetzung der Nachbarschaft verschieden ist: „While previous studies and some of the results here show that living in high-status neighbourhoods reinforces participation for high-status individuals, congruence between individual and contextual characteristics does not always promote participation. Having young children and living in a „young“ neighbourhood was shown to detract significantly from participation. The third point demonstrated in this study is that the way in which participation is shaped by structural, situational, and contextual factors varies significantly by sex“ (Abowitz, 1990, 564).

Besonders das seit einigen Jahren bekannte Konzept der ego-zentrierten Netzwerke verhalf der kontextuellen Perspektive zu erneutem Aufschwung. Es vermochte nämlich das forschungspraktische Problem der möglichst angemessenen Erfassung der Netzwerke bei gleichzeitig beschränkten finanziellen Mitteln für Zufallsstichproben zu überwinden: Die in Bevölkerungsstichproben befragten Personen gelten als Informanten über „ihr“ Netzwerk (deshalb ego-zentriert). Von ihnen erhält man die notwendigen Angaben über Netzdichte, Homogenität bzw. Heterogenität der Netzstruktur oder auch Stärke der sozialen Beziehungen (Schenk, 1992; Wolf, 1993). Diesem Konzept ist mittlerweile der Durchbruch gelungen und Netzwerk-Analysen häufen sich, direkte Bezüge zur Partizipationsfrage sind dabei aber eher noch selten. Immerhin hält dazu ein prominenter Vertreter der „Political Network-“Gruppe fest: „What seems to count most is the partisan content and the frequency with which political information flows through the network, but not the emotional bonds among network members“ (Knoke, 1990, 52).

Häufig steht hinter der Offenlegung von Partizipationsunterschieden von sozialen Gruppen eine demokratiethoretische Motivation. So dient sie etwa bei Mottier und Kriesi (1992, 1991) vor allem dazu, in Anlehnung an Roig bzw. Key und Gaxie die politische Stratifikation („cens caché“) und damit einen demokratiethoretischen Mangel der schweizerischen direkten Demo-

7 Wegweisend war hier vor allem die Arbeit von Huckfeldt (1979), in der zwischen „individually based participation“ (dazu gehört Wählen) und „socially based participation“ unterschieden wird. Giles und Dantico (1982) wiesen nach, dass die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaft vor allem die sozial oder gesellschaftlich verankerte Beteiligung wie Besuche von Wahlveranstaltungen beeinflusst. Eine andere wichtige Variable zur Erfassung von interpersonellen Netzwerken ist auch der Zivilstand. Es zeigt sich hier, dass – wie in anderen engen (Familien)beziehungen – Dispositionen zur Beteiligung im wesentlichen verstärkt und bestätigt werden. Vgl. dazu: Straits (1990).

kratie aufzuzeigen: „La participation des citoyen/nes aux mécanismes démocratiques est en réalité largement conditionnée par le niveau de l'éducation, ce qui confirmerait l'idée d'un „cens caché“ (Mottier, 1992, 12). Hinsichtlich der theoretischen Zuordnung macht aber gerade die Anlehnung an Key, Roig und Gaxie deutlich, dass nicht allein soziodemographische Variablen zum Analysekonzept von Kriesi gehören. Bereits Gaxie hob nämlich die *Kompetenz* und *Integration* der Stimmberechtigten als bedeutende Erklärungsfaktoren für die Beteiligung hervor. Diese dienen sowohl Mottier wie Kriesi als zentrale Erklärungsvariablen. Je mehr jedoch „Kompetenz“ und „Integration“ neben objektiven auch subjektive Wahrnehmungen⁸ erfassen, desto eher ist theoretisch der Übergang zum sozialpsychologischen Ansatz eingeleitet.

3. Der sozialpsychologische Ansatz

Politischen Integration ist eine Schlüsselvariable des sozialpsychologischen Ansatzes. Seit dem Klassiker „The American Voter“ (Campbell et al., 1980) wurden die entsprechenden Operationalisierungen zusehends verfeinert und gehören heute in der angelsächsischen Partizipationsforschung zum Standard (Conway, 1985; Dennis, 1991a). Dazu zählen der von Campbell und seinen Mitarbeitern eingeführte „sense of political efficacy“ ebenso, wie Fragen nach dem Interesse für Politik, der BürgerInnenpflicht und der Entfremdung von Politik. Vor allem in den späten 60er und 70er Jahren kam es in den Vereinigten Staaten zu einer eigentlichen „Eskalation“ (Stone, 1981, 38) des sozialpsychologischen Ansatzes. Auch in der Schweiz wurde die in dieser Zeit aktuelle Frage der Stimmbeteiligung vor allem sozialpsychologisch angegangen, auch wenn explizite theoretische Bezüge manchmal fehlten.

Eingeleitet wurde diese sozialpsychologische Sichtweise durch eine vom schweizerischen Nationalfonds finanzierte und von den Universitätsinstituten in Genf und Zürich ausgewertete Befragung anlässlich der Nationalratswahlen von 1971. Sidjanski et al. (1975), Ballmer-Cao (1977) sowie Tharakan (1983) stützen sich in ihren Arbeiten auf diese Daten.

Insbesondere Nicola (1975) hebt bereits die Bedeutung sozialpsychologischer Erklärungen hervor, da ihn die soziodemographischen Variablen nicht befriedigen: „Puisqu'il y a des abstentionnistes dans toutes les couches de la population, ne peut-on pas imaginer que c'est un processus psychologique plus

8 Das von Gruner/Hertig entwickelte Konzept der „materiellen Problemlösungskapazität“ stützt sich auf objektive Indikatoren der Kompetenz (Kenntnis des Vorlageninhalts und Fähigkeit der Entscheidungsbegründung) und bleibt damit recht rigid.

que sociologique qui pousse un individu à se rendre aux urnes ou à s'abstenir?" (Nicola, 1975, 201) Dieser Vermutung geht der Autor mit Hilfe von drei Konzepten nach: In Anlehnung an Inglehart stützt er sich erstens auf das Konzept der „kognitiven Mobilisierung“; in Anlehnung an Easton gebraucht er zweitens einen Zufriedenheitsindex für den Systemoutput und drittens arbeitet er mit dem Index der „impuissance électorale“.

Mit dem ersten Index der kognitiven Mobilisierung wird getestet, ob die befragte Person sich im Zusammenhang mit (ausser)politischen Fragestellungen eine Meinung bilden und diese auch äussern kann. Damit ist der von Gruner/Hertig bzw. Kriesi behandelte Themenbereich der politischen Kompetenz angesprochen. Doch diesen ganzen Fragenkomplex ordne ich dem sozialpsychologischen Ansatz zu: Aus unserer Alltagserfahrung scheint es uns zwar plausibel, dass politische Kompetenz mit Bildung, eventuell auch mit Alter und Geschlecht korreliert. Eigentliche Erklärungen für diesen Zusammenhang liefern aber erst die Prozesse der politischen Sozialisation und die sozialpsychologischen Theorien der „kognitiven Strukturiertheit“ oder der „Attribution“, welche analysieren, wie Menschen ihre Wahrnehmungen ordnen und interpretieren (Flammer, 1990). Diese Ansätze wendet auch Nicola implizit an, wenn er sämtliche „weiss-nicht“-Antworten speziell kodiert. Offenbar gilt dieser Anteil von „weiss-nicht“-Antworten als Indikator für den Grad der Fähigkeit zur Transparentmachung komplexer Strukturen.

Explizite Bezüge zum theoretischen Konzept der kognitiven Strukturiertheit finden sich in der sozialpsychologischen Analyse der Schaffhauser Stimmbürger von Giger (1976). Dieser kommt zum Schluss, politische Integration (ein Index bestehend aus Indikatoren für Wissen, Interesse, Einstellung und Aktivität) stehe in engem Zusammenhang mit dem Grad der kognitiven Strukturiertheit: „Politische Integration hängt wesentlich davon ab, ob eine Verbindung zwischen dem politischen System und dem, was wir mit „persönlichem Lebensbereich“ bezeichnet haben, hergestellt werden kann. Nur wer diese Verknüpfung herstellen kann, kommt in die Lage, politische Betätigung als subjektiv nützlich zu empfinden“ (Giger, 1976, 85).⁹ Damit hebt Giger, wie bereits Lane, die Bedeutung des subjektiven Nutzens zur Motivation der Beteiligung hervor. Auch Neidhart/Hoby machen auf diesen Nutzen aufmerksam, wenn sie politische Beteiligung nicht nur durch „Einflüsse der Umwelt“, sondern auch durch „innere Antriebe“ erklären. Die Perspektive der „inneren Antriebe“ sei aber nichts anderes als jene des „methodologischen Individualismus

9 Vgl. dazu Steiner: „Je besser die Stimmbürger verstehen, dass das politische Geschehen ihr persönliches Leben beeinflusst, desto grösser wird die Chance, dass sie sich an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen beteiligen.“ Vgl. Steiner (1969). Die Sozialpsychologie untersucht dann vor allem auch die Reaktionen auf mögliche Kontrollverluste.

und Utilitarismus“. Utilitarismus umfasst indessen nicht nur materiellen Nutzen und Interessen, „sondern er umfasst auch psychische Befriedigungen (Gratifikationen), soziale Belohnungen sowie Gefühle des wirksamen und sinnvollen Einflusses“ (Neidhart/Hoby, 1977, 20).

Aufgrund der seiner Studie hielt Nicola 1975 in seinen Schlussfolgerungen fest: „En conclusion, nous ne nions pas l'utilité des variables sociologiques, mais nous pensons qu'il serait plus logique d'expliquer d'abord le comportement par des variables psychologiques, c'est à dire par des sentiments et des motivations résidentes dans l'esprit de l'électeur, et ensuite seulement d'examiner comment une variable sociologique, par exemple le revenu, peut conditionner une variable psychologique, par exemple un sentiment d'impuissance“ (Nicola, 1975, 204). Dieser Aufgabe nahmen sich in der Folge Neidhart/Hoby (1977) sowie Ballmer-Cao (1977) an:

Die Pionierarbeit von Neidhart/Hoby über „Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz“¹⁰ aus dem Jahre 1977 legte das Schwergewicht auf die „innerpsychische“ Ursachenebene der Partizipation. Sie ist ein Beispiel früherer Attitüdenforschung und zeichnet sich methodisch durch die Bildung von Einstellungsskalen und deren Überprüfung bezüglich Eindimensionalität und Kumulierbarkeit aus. Aufgrund der erhobenen Abstinenzmotive können die Autoren fünf Typen von Motivationsstrukturen bilden: Erstens die Unpolitischen, die sich durch politisches Desinteresse, eine privatistische Orientierung und Vertrauen in die Behörden kennzeichnen, zweitens die Überforderten, die sich inkompetent und gleichgültig fühlen, drittens die Enttäuschten, die sich durch Inkompetenz und politische Ohnmacht auszeichnen und schliesslich die zwei letzten Motivationsstrukturen, die sich mit Engagement und Pflichtgefühl umschreiben lassen.

Aus den erstellten Motivationsstrukturen leiten Neidhart/Hoby auch direkt Verhaltenstypen der BürgerInnen ab. Das Problem des direkten Schlusses von Einstellungen auf Verhalten wird dabei jedoch kaum thematisiert. Aufgrund des Forschungsdesigns bleibt deshalb auch die Frage, welche Erklärungskraft politische Einstellungen neben anderen Faktoren für den Partizipationsentscheid haben, zweitrangig. Genau dieser Frage geht Ballmer-Cao nach. In einem Regressionsmodell kann sie 38 Prozent der Varianz von Partizipation mit politischen Orientierungen erklären. Diese Orientierungen umfassen ziemlich genau das, was in der angelsächsischen Forschung unter „psychologischer Involvement“ subsumiert wird (Ballmer-Cao, 1977, 45 ff.).¹¹ Während Nicola in

10 Die Kritik von Buri/Schneider, dass hinter dieser Arbeit „keine einheitliche theoretische Perspektive erkennbar“ sei, teile ich nicht.

11 In ihrer Unterscheidung zwischen „engagement général“ und „engagement psychologique“ ordnet sie indessen Aspekte des Interesses, der Aufmerksamkeit oder Informationsbeschaffung

Eigenkreation einen Index der „*impuissance électorale*“ erstellt, der die Aspekte des Engagements oder der politischen Entfremdung und der Effektivität erfasst, lehnt sich Ballmer-Cao eng an den bekannten Index der „*political efficacy*“¹² des Michiganer Modells an. Diese Einstellungsskala ermittelt, wie die Stimmberechtigten ihren individuellen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess und die Responsivität der Regierenden einschätzen (für die methodische Kritik an diesem Index vgl. Aish/Jöreskog, 1989). In theoretischer Hinsicht stellt die Autorin zudem Querbezüge zum Konzept der politischen Entfremdung (*aliénation, désaffection*) her und stützt sich auf Klassiker wie Marx, Durkheim und Mills.

Mit Hilfe von Pfadmodellen kann Ballmer-Cao schliesslich die von Nicola aufgestellte Hypothese der kausalen Beziehungen zwischen soziodemographischen, sozialpsychologischen Variablen und Partizipation bestätigen: „*Le status social agit sur la participation essentiellement à travers la désaffection: le fait d’avoir un status social bas désaffectionne les individus politiquement et la désaffection à son tour constitue un frein pour l’activisme*“ (Ballmer-Cao, 1977, 151). Angesichts dieses kausalen Modells erstaunt im Vergleich die Feststellung von Linder/Longchamp/Stämpfli, die trotz Anlehnung an das sozialpsychologische Konzept der „*Civic Culture*“ resümieren: „Für die politische Partizipationsforschung heisst dies, die Entstehung und Verbreitung politischer Abstinenz ... weiterhin aus den bekannten sozialen Determinanten [wie Status und Alter] zu erklären“ (Linder/Longchamp/Stämpfli, 1991, 9).

Im Vergleich zu Ballmer-Cao liefert schliesslich der letzte Forschungsbericht von Tharakan, der sich auf die Daten der Nationalfonds-Studie stützt, nur wenig weitergehende Erkenntnisse. Der Autor investiert viel in die Bildung von Skalen zur Messung von politischer Partizipation und er bewertet die politische Sozialisation für die Herausbildung von Einstellungen als zentral. Die Inhalte und Prozesse dieser politischen Sozialisation werden aber nicht diskutiert. Auch im Kapitel über die sozialpsychologischen Faktoren werden kaum kausale Zusammenhänge erläutert.

Insgesamt findet sich in der Nationalfonds-Studie von 1972 eine Mischung verschiedener sozialpsychologischer Konzepte, die sich durch fließende Grenzen auszeichnen. Ihnen gemeinsam ist jedoch, dass sie auch die Zufriedenheit mit dem Output des politischen Systems als wichtigen Erklärungsfaktor für die

sowie des „*cadre de référence*“ der Verhaltensebene und Aspekte der Entfremdung (*désaffection*) und Zufriedenheit (*satisfaction*) der Wahrnehmungsebene zu.

12 Ursprünglich wurde der Index aus vier Items gebildet; 1968 wurde er durch zwei weitere Items ergänzt. Auch Barnes/Kaase verwenden in der „*Political Action*“-Studie diese sechs Items. Sie behalten jedoch die Zweidimensionalität bei, indem sie zwischen Beeinflussbarkeit und Reaktionsbereitschaft des politischen Systems unterscheiden.

Stimmbeteiligung berücksichtigen: Die in der politischen Psychologie diskutierte „political disaffection“ (Wright, 1981) wird sehr oft mit Hilfe von Items des „political efficacy“-Index und des „political trust“-Index erhoben. Diese Kombination stützt sich vor allem auf die Arbeiten von Gamson (1968), der darauf hinwies, dass Beeinflussbarkeit und Vertrauen das grundlegende Verhältnis zum politischen System umschreiben.

Die Verwendung des Zufriedenheitsindex impliziert die These, Unzufriedene würden nicht an die Urne gehen und Zufriedenheit mit dem Systemoutput schaffe eine Bindung an das politische System, die sich in erhöhter Partizipation ausdrückt. Diese Annahme steht in Einklang mit der in Deutschland wieder sehr aktuellen These der „Wahlverweigerer“. Deren prominente VertreterInnen sind zum Beispiel Falter und Schumann (1993) sowie Feist (1992, 57): „Der Rückgang der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland ist somit weniger ein Indiz für unauffällige demokratische Normalisierung als vielmehr ein Signal für vielfältig motivierte politische Unzufriedenheit.“ Dies jedoch steht in Widerspruch zu früheren Thesen, die besagen, dass Nichtwähler zufriedener sind als Wähler. In der Schweiz stützen Girod und Fricker diese Ansicht. Gemäss ihren Ergebnissen ist nicht Unzufriedenheit eine Hauptursache der Abstinenz, sondern Indifferenz und Interesselosigkeit (Riklin/Kley, 1981, 140). Aufgrund von Aggregatdaten widerlegte auch Armingeon die These der Unzufriedenheit: „Die Wahlabstinenz lässt sich nicht mit politischer Unzufriedenheit erklären. Da diese Variable nicht zwischen Wählern und Nichtwählern differenziert, folgt aus einer eventuellen Zunahme des Anteils der Unzufriedenen keine Zunahme der Nichtwähler“ (Armingeon, 1992, 10).

4. Der politökonomische Ansatz

Die einleitend beschriebene theoretische Diskussion über Anpassungs- und Erklärungsversuche des Urnengangs im Sinne von rationalem Verhalten nimmt in der Schweiz Stolz 1972 auf. Der Autor übt dabei auch Kritik an einer von Downs gebrachten Erklärung des „paradox of not voting“: In „An Economic Theory of Democracy“ hält nämlich Downs fest, dass die Wahl- oder Stimmbeteiligung mit kurzfristigen Kosten auch langfristige Nutzen im Sinne der Aufrechterhaltung von Demokratie bringe. Stolz geht jedoch mit dem bekannten Kritiker an Downs – Barry – einig, dass auch dieses Argument der Rationalitätsannahme widerspricht. Auch bei der Annahme von langfristigem Nutzen falle die einzelne Stimme des Stimmberechtigten nicht ins Gewicht. Deshalb hält Stolz unmissverständlich fest, dass sich der Urnengang überhaupt nicht erklären lässt, „wenn man die Verhaltensannahme der Rationalität konsequent

anwendet“ (Stolz, 1972, 65). Die Kritik von Stolz wird aber nicht von allen Seiten geteilt. Breitere Nutzendefinitionen in Anlehnung an Downs sind sehr häufig. Colomer (1991) verwendet zum Beispiel eine ebenso einzigartige wie anfechtbare Operationalisierung von Nutzen: Nutzen in bezug auf die amtierende Partei oder Parteienkoalition, und damit die Wahl, misst er anhand des Grades von Staatsintervention im ökonomischen und sozialen Bereich. Und Nutzen in bezug auf die Aufrechterhaltung der Demokratie wird indirekt mit der Variablen „Bedrohung der Demokratie durch ein autoritäres System“ operationalisiert. Colomer gelingt es damit, die niedrigen Wahlbeteiligungen sowohl in der Schweiz als auch in den USA zu erklären.

Empirische Überprüfungen der rational-choice-Annahmen sind auch in der Schweiz spärlich. Denn innerhalb der Politikwissenschaft ist der theoretische Ansatz kaum vertreten. Die Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Richtung wiederum schenken naturgemäss der Frage der Stimmbeteiligung wenig Beachtung. Kirchgässner/Pommerehne (1978) bilden hier eine Ausnahme. Sie überprüfen das klassische Modell der *Kosten-Nutzenmaximierung* anhand der Teilnahme an basellandschaftlichen Gemeindeversammlungen. Mit einem Regressionsmodell testen Sie die Hypothese, wonach „die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein zufällig ausgewählter Stimmbürger an der Gemeindeversammlung beteiligt, mit der zunehmenden Anzahl Abstimmungsteilnehmer abnimmt“ (Kirchgässner/Pommerehne, 1978, 166). Grundsätzlich gelangen Kirchgässner/Pommerehne dabei zum genau gleichen Resultat wie Ladner: Sie können die Abhängigkeit der Stimmbeteiligung von der Zahl der Stimmberechtigten – also der Grösse der Gemeinde – nachweisen. Im Gegensatz zu Ladner interpretieren sie aber das Resultat im Sinne des individuellen Entscheidungskalküls zwischen Nettonutzen und individuellen Kosten.

Die Annahme der Minimierung von möglichen Beteiligungskosten wird in einigen schweizerischen Untersuchungen – meistens ohne explizite theoretische Bezüge – getroffen. Besonders in der Diskussion über die Stimmbeteiligung schimmern bis heute Prämissen über rationales Verhalten der Stimmberechtigten durch. So machen zum Beispiel Levy/Zwicky im Zusammenhang mit dem Stimmobligatorium darauf aufmerksam, dass bereits eine geringfügige Busse genügt, „um einen starken Ausschlag des Stimmfleisses zu bewirken“ (Levy/Zwicky, 1984, 288). Die basellandschaftliche Expertenkommission zur Hebung der Stimmbeteiligung wiederum empfahl 1972 aufgrund der Angaben von nicht regelmässigen UrnengängerInnen, einen Ausbau der erleichterten – insbesondere der brieflichen – Stimmabgabe, um den Aufwand des Urnengangs zu minimieren (Expertenkommission, 1972).

Buri/Schneider untersuchen in ihrem Theorievergleich den Faktor der subjektiv perzipierten Informationskosten¹³ als Determinante des rationalen Partizipationsverhaltens. Diese im bivariaten Vergleich starke Variable verliert jedoch im multivariaten Modell an Erklärungskraft, und die Autoren folgern: „Die bis jetzt für die Schweiz durchgeführten Rational-Choice-Untersuchungen sind hingegen wenig hilfreich.“ (Buri/Schneider, 1993, 413)

Das Nutzenaxiom wird von Vatter empirisch überprüft. Er kann in knapp der Hälfte von 20 kantonalen Kreditabstimmungen einen signifikanten Zusammenhang zwischen objektiver Nutzenerwartung durch die geographische Nähe und Beteiligung feststellen. Zuweilen wird im Zusammenhang mit individuellen Nutzenvorteilen auch auf die in den VOX-Analysen erhobene Betroffenheit verwiesen (Vatter, 1994). Eine Interpretation dieser Variablen im Sinne des rationalen Modells ist aber in zweierlei Hinsicht problematisch: Zum ersten ist deren Wirkung auf die Partizipation umstritten. Denn während Gruner/Hertig (1983) in der Betroffenheit nur einen sehr geringen Erklärungsbeitrag zu Beteiligungsschwankungen sehen, erachtet Longchamp (1991) Betroffenheit als eine zentrale Partizipationsdeterminante¹⁴. Zum zweiten strapaziert die in den VOX-Analysen vorgenommene Operationalisierung das rationale Modell zu stark. Die Standardfrage misst auch subjektive, nicht-materielle Betroffenheit¹⁵. Betroffenheit ist hier eher als Variable der psychologischen Involvierung zu verstehen, die in einer Entscheidungssituation (Buse, 1978) zwischen zwei Handlungsalternativen (Beteiligung oder Nicht-Beteiligung) die Voraussetzung für Beteiligung schafft.

Der von Riker/Ordeshook erweiterte Ansatz rationalen Handelns erklärt Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen mit der erwarteten Knappheit eines

13 Bezüglich der Schwierigkeit, Informationskosten im rationalen Modell zu operationalisieren, vgl. Stolz (1972). Seine Bemerkungen zu den Informationskosten für den Stimmentscheid sind übertragbar auf den Teilnahmeentscheid: „Bevor nämlich die Wähler und Stimmbürger ausreichende Informationen besitzen, wissen sie naturgemäss nicht, welchen Nutzen ihnen jede der vorgelegten Alternativen stiftet. ... Damit sie überhaupt Anhaltspunkte über den Wert des für sie günstigen Abstimmungs- oder Wahlresultats bekommen, müssen sie im voraus Informationskosten aufwenden, ohne dass sie hierzu ein rationales Kalkül anstellen können.“

14 Inwiefern diese unterschiedlichen Befunde auch auf die zunehmende selektive Teilnahme zurückzuführen sind, bleibt eine offene Frage.

15 Vom neuen bäuerlichen Bodenrecht, über das im September 1992 abgestimmt wurde, sind objektiv-materiell rund 4% der aktiven Bevölkerung betroffen. Bei der VOX-Nachbefragung gaben aber 13% der Stimmberechtigten eine hohe persönliche Betroffenheit an. Auch die Betroffenheitswerte bei der Abstimmung über die NEAT, die primär als umweltpolitisches Projekt wahrgenommen wurde, deuten darauf hin, dass die Betroffenheit der Stimmberechtigten kaum kurzfristiger, materieller Natur ist. Vgl. VOX-Analyse Nr. 46, 1993. Selbst objektive Betroffenheit führt nach Gruner/Hertig nicht „unbedingt zu einer hohen Partizipation der entsprechenden Gruppe“. Vgl. Gruner/Hertig (1983), p. 161.

Volksentscheids. Zwei ältere schweizerische Abstimmungsanalysen bestätigten – zwar wiederum ohne expliziten Theoriebezug – diese Hypothese der „*closeness of election*“: Annahmen: In seiner Analyse eidgenössischer Volksabstimmungen stellt Hümbelin 1948 fest, dass mit der Knappheit des Abstimmungsergebnisses die Stimmbeteiligung zunimmt: „Wenn sämtliche Aktivbürger eine dergestaltige Übersicht über die politischen Vorgänge besitzen, dass sie die Stärke der beiden Parteien mit einiger Genauigkeit abzuschätzen in der Lage sind, so muss die Stimmbeteiligung dann ihr Maximum erreichen, wenn Befürworter und Gegner in einem ausgeglichenen Kräfteverhältnis stehen und demnach jede einzelne Stimme von entscheidender Bedeutung ist“ (Hümbelin, 1948, 74). Weber (1963) nimmt diese These wieder auf und kann sie anhand von Finanzabstimmungen ebenfalls bestätigen. Jüngst vertrat auch Longchamp (1991) die Ansicht, dass Stimmbürger und Stimmbürgerinnen, wenn sie ein knappes Abstimmungsergebnis erwarten, sich eher beteiligen. Gruner aber, der 1969 (Gruner, 1969, 191) die These ebenfalls noch stützte, kommt 1977 zum gegenteiligen Schluss: „Spätestens seit der Einführung des Frauenstimmrechts funktioniert dieser Mechanismus nicht mehr. Entscheide bei ungewissem Ausgang mit knappem Mehr werden nicht mehr bei hoher, sondern bei niedriger oder abnorm niedriger Beteiligung getroffen ...“ (Gruner, 1977, 197 f.). Auch Eschet-Schwarz (1989, 266) kann die „*closeness of election*“-These nicht bestätigen.

Insgesamt bleibt für die Anwendung des politökonomischen Ansatzes in der Schweiz festzuhalten, dass die auch im Ausland erhobene Kritik Gültigkeit hat: Eine theoretische und empirische Auseinandersetzung mit den Prämissen findet kaum statt, so dass auch die empirische Überprüfung der Grundannahmen weitgehend fehlt. Wichtige Ausnahmen bestätigen die Regel: Vatter kann konkrete Bedingungen herausarbeiten, unter denen das Modell des eigennützigen Akteurs sinnvoll scheint. Zu diesen Voraussetzungen gehören wenig komplexe Entscheidungsverfahren mit klar definierten Nutzenerwartungen, die – ebenso wie die Kosten – monetärer Natur sind (Vatter, 1994, 349 ff.; Vatter/Nabholz, 1993). In die gleiche Richtung weisen die Resultate von Buri/Schneider. Sie zeigen, dass die Inflationsrate das Stimmverhalten nur dann beeinflusst, wenn die Stimmenden über eine Vorlage mit ausgeprägten Umverteilungsaspekten entscheiden (Buri/Schneider, 1993, 412). In bezug auf den Teilnahmeentscheid kommt Vatter schliesslich zum Schluss, dass sich die Stimmberechtigten nicht rational im Sinne des Medianwählers verhalten, jedoch rational sind, wenn sie ganz konkrete Projektnutzen erwarten können.

Schlussfolgerungen

Auch die schweizerische Partizipationsforschung kann den im Ausland vorherrschenden theoretischen Paradigmen zugeordnet werden. Aktuelle ausländische Debatten über Kritikpunkte und Weiterentwicklungen haben deshalb in weiten Teilen auch für die Schweiz Gültigkeit. Zwei verschiedene Defizite fallen dabei besonders ins Gewicht:

Ein erstes Defizit betrifft die Kohärenz und empirische Fundierung der einzelnen Theorien. So fehlen beim politökonomischen Ansatz – vor allem auf Ebene der Individualdaten – theoriegeleitete Hypothesen und Operationalisierungen für empirische Tests. Dabei geht es vor allem um die von der rational-choice-Theorie angenommene Entscheidregel selbst (Friedrichs/Stolle/Engelbrecht, 1993). Wenn davon ausgegangen wird, dass die Stimmberechtigten zielgerichtet handeln und die Konsequenzen ihres Handelns bzw. ihrer politischen Teilnahme aufgrund (subjektiv) wahrgenommener Nutzen und Kosten bewerten, dann müssen zentrale Grössen dieses rationalen Entscheidprozesses erfasst werden: einerseits kognitive Aspekte wie Wissen und Informationsstand über die Entscheidungssituation oder auch wahrgenommene Knappheit des Entscheidungsausgangs, andererseits auch Wahrnehmungen der Handlungsalternativen sowie die (subjektive) Bewertung der Kosten bzw. Nutzen des Handelns inklusive möglicher „Minimax-regret“-Orientierungen. Der soziologische Ansatz vernachlässigt es oft, die kausalen Prozesse, die bei bestimmten sozialen Gruppen zu unterschiedlichem Partizipationsverhalten führen, theoretisch und empirisch zu beleuchten. Gleichzeitig verlangt die Kontextgebundenheit politischer Partizipation vermehrte Berücksichtigung. Das Konzept der egozentrierten Netzwerke gilt deshalb auch für die Schweiz als besonders erfolgversprechende Erweiterung des soziologischen Ansatzes. Beim sozialpsychologischen Ansatz fehlt es weniger an elaborierten Fragebatterien als an begründeten Annahmen über den Prozess der politischen Involvierung.

Das zweite Defizit beruht vor allem auf mangelnder Perzeption der Erkenntnisse aus anderen Forschungstraditionen: Soll Partizipation als Form des sozialen Handelns erfasst werden, genügt es einerseits nicht – wie im soziologischen Ansatz – die zwischen objektiven und strukturellen Interessen liegenden subjektiven Verarbeitungen, Wahrnehmungen und Einstellungen als black box zu betrachten. Andererseits genügt auch die individualistische Perspektive des sozialpsychologischen Ansatzes, welche die Ursprünge und Sozialisierungsprozesse von Einstellungen sowie den gesamten sozialen Kontext ausklammert, nicht. Schliesslich ist die ausschliessliche Konzeption politischen Verhaltens als rational überholt. Zu fragen ist nicht, *ob* politisches Handeln

rational ist, sondern *wann* (Smelser, 1992, 404). Deshalb gilt immer noch, was Gruner (1987) bereits 1987 verlangte: aus den „geschlossenen Methodenzirkeln“ ausbrechen.

Auf einem höheren Abstraktionsniveau geht es darum, einen Ansatz¹⁶ zu entwickeln, das die wichtigsten theoretischen Erkenntnisse aller drei Paradigmen integriert. Das Verständnis von politischer Partizipation als einer sozialen Rolle, die in einem lebenslangen Lernprozess immer wieder neu eingeübt wird, scheint eine geeignete Voraussetzung für eine solche Modellentwicklung. Das Rollenkonzept steht als Verbindungsstück zwischen den drei Ansätzen, indem es die Position und Funktion von Rolleninhaberinnen und -inhabern im gesellschaftlichen Kontext ebenso in Betracht zieht wie die Rollenerwartungen, welche die Bezugsgruppen von aussen an sie stellen. Die sozialpsychologische Perspektive wird integriert, indem Internalisierungsprozesse und Wahrnehmungen politischer Rollen ebenso berücksichtigt werden wie Rollenkonflikte. Wenn aber die unterschiedliche Erklärungskraft theoretischer Ansätze grundsätzlich im Sinne von Rollenkonflikten verstanden werden kann, dann kann auch der politökonomische Ansatz in ein allgemeines Modell integriert werden. Rollenkonflikte treten nämlich zum Beispiel dann auf, wenn sich die Stimmberechtigten in ihren Rollen als rationale Kostenminimierer und als gleichzeitig loyale Verbandsangehörige zwischen Nicht-Teilnahme und Teilnahme entscheiden müssen.

Ein angemessenes Forschungsdesign muss versuchen, diese verschiedenen Einflüsse auch kausal zu trennen. Das kann realisiert werden, wenn Partizipation vor dem Hintergrund der jeweiligen individuellen Biographie verstanden wird. Auf einer ersten kausalen Stufe werden demnach Familienhintergründe und Effekte der primären Sozialisation erfasst. Auf einer zweiten, mittleren Kausalstufe werden Aspekte der sekundären Sozialisation, die Position in der Sozialstruktur, ökonomische Interessen sowie politische Werte und Identifikationen wirksam. Auf der letzten Kausalstufe – unmittelbar vor dem Teilnahmeentscheid – stehen die Einflüsse ego-zentrierter Netzwerke, die im Gegensatz zur Sozialstruktur individuell ausgewählt und ausgestaltet werden können, sowie kurzfristiger Kosten-Nutzen-Überlegungen.

Auf einem niedrigeren Abstraktionsniveau stellt sich vor allem die konkrete Frage: Wann und in welchem Ausmass werden welche Erklärungsfaktoren relevant? Ein entsprechendes Forschungsdesign sollte hier vor allem zwischen verschiedenen Urnengängen in bezug auf inhaltliche Dimensionen und Konstellationen oder zwischen verschiedenen Partizipationsformen unterscheiden.

16 Die folgenden Ausführungen lehnen sich vor allem auch an das „Lifetime Learning Model“ von Rose und McAllister (1992) an.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abowitz Deborah, A. (1990), Sociopolitical Participation and the Significance of Social Context: A Model of Competing Interests and Obligations, *Social Science Quarterly*, 71 (3), 543–566.
- Aish Anne-Marie, Jöreskog Karl G. (1989), Political Efficacy: Measurement and Dimensionality, *University of Uppsala*, Department of Statistics, Research Report 89–4.
- Armingeon Klaus (1992), *Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung*, unveröffentlichter Habilitationsvortrag.
- Ballmer-Cao Thanh-Huyên (1977), *Analyse des niveaux de participation et de non-participation politiques en Suisse*, P. Lang, Genève.
- Buri Christoph, Schneider Gerald (1993), Gründe und Scheingründe für das Schweizer Abstimmungsverhalten. Ein empirischer Theorievergleich zum Partizipations- und Oppositionsverhalten, *Schweiz. Zeitschrift für Soziologie*, 19, 389–417.
- Buse Michael et al. (1978), Determinanten politischer Partizipation, in: Kaack Heino Hrsg., *Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Band 20, Hain, Meisenheim am Glan.
- Campbell Agnus, et al. (1980³), *The American Voter*. Unabridged Edition, University of Chicago Press, Chicago.
- Colomer Josep M. (1991), Benefits and Costs of Voting, *Electoral Studies*, 10 (4), 313–325.
- Conway Margaret (1985), *Political Participation in the United States*, Congressional Quarterly Inc., Washington.
- Dahl R. A., Tufte E. R. (1974), *Size and Democracy*, University Press Stanford, Oxford University Press, London.
- Dennis Jack (1991a), Theories of Turnout: An Empirical Comparison of Alienationist and Rationalist Perspectives, in: Crotty, W. Ed., *Political Participation and American Democracy*, Greenwood Press, New York/Westport, Connecticut/London.
- Dennis Jack (1991b), The Study of Electoral Behavior, in: Crotty, W. Ed., *Political Science: Looking to the Future*. Volume Political Behavior, Northwestern University Press, Evanston.
- Downs A. (1957), *An Economic Theory of Democracy*, Harper, New York.
- Eschet-Schwarz A. (1989), Political Participation in Swiss Referenda at Federal and Cantonal Levels: 1879–1981, *Political Behavior*, 11 (3), 255–272.
- Expertenkommission zur Hebung der Stimmbeteiligung (o. J.), *Die Baselbieter Stimmbürgeruntersuchung 1972*. Partizipation und Abstinenz, o. O.
- Falter Jürgen W., Schumann Siegfried (1993), Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11, 36–49.
- Falter Jürgen W., Schumann Siegfried, Winkler Jürgen (1990), Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37–38, 3–13.
- Ferejohn J., Fiorina M. P. (1974), The Paradox of Not Voting: A Decision Theoretic Analysis, *American Political Science Review*, 64, 525–536.
- Feist Ursula (1992), Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland, in: Starzacher, Karl Hrsg., *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?* Buns Verlag, Köln.
- Finger Matthias., Sciarini Pascal (1990), *L'homo politicus à la dérive? Enquête sur le rapport des Suisses à la politique*, A. E. P. Loisir et Pédagogie, Lausanne.

- Flammer August (1990), *Erfahrung der eigenen Wirksamkeit. Einführung in die Psychologie der Kontrollmeinung*, Hans Huter, Bern/Stuttgart/Toronto.
- Friedrichs Jürgen, Stolle Martin, Engelbrecht, Gudrun (1993), Rational Choice-Theorie: Probleme der Operationalisierung, *Zeitschrift für Soziologie*, 22 (1), 2–15.
- Gamson W. A. (1968), *Power and Discontent*, Dorsey Press, Homewood Ill.
- Gass-Epple R. (1989), *Zur Analyse von Abstimmungsergebnissen: Theoretische und methodische Überlegungen*, Mimeo, Liestal.
- Giger Andreas (1976), *Der politische Bürger. Eine sozialpsychologische Analyse politischen Verhaltens im Kanton Schaffhausen*, Juris Druck und Verlag, Zürich.
- Giles Michael W., Dantico Marilyn K. (1982), Political Participation and Neighbourhood Social Context Revisited, *American Journal of Political Science*, 26 (1), 144–150.
- Girod R., Ricq Ch. (1969), *Géographie de l'abstentionnisme à Genève*, Centre de sociologie, Université de Genève, Genève.
- Girod R., Ricq Ch. (1970), Microsystèmes sociaux et abstentionnisme électoral à Genève, *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, 10, 71–90.
- Gruner Erich (1977²), *Die Parteien in der Schweiz*, Francke, Bern.
- Gruner Erich (1987), Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe, *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, 27, 283–313.
- Gruner Erich, Hertig Peter (1983), *Der Stimmbürger und die „neue“ Politik. Wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte?*, Haupt, Bern/Stuttgart.
- Harrop Martin, Miller William L. (1987), *Elections and Voters. A Comparative Introduction*, Mac Millan, Hong Kong.
- Huckfeldt Robert P. (1979), Political Participation and Neighbourhood Social Context, *American Journal of Political Science*, 23 (3), 579–92.
- Hümbelin Peter (1948), *Eidgenössische Volksabstimmungen im Lichte der Statistik*, Bern.
- Katosh John P., Traugott Michael W. (1982), Costs and Values in the Calculus of Voting, *American Journal of Political Science*, 26 (2), 361–376.
- Kirchgässner Gebhard, Pommerehne Werner W. (1978), Gemeindegrösse und Stimmbeteiligung: Ein einfaches Regressionsmodell, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 4 (2), 163–173.
- Knoke David (1990), *Political Networks. The Structural Perspective*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Kriesi Hanspeter (1991²), *Die demokratische Frage*, Schweizerischer Wissenschaftsrat, Bern.
- Kriesi Hanspeter (1992), Bürgerkompetenz und direkte Demokratie. Die Schweizer StimmbürgerInnen, Stimmbeteiligung und Wahlentscheidung nach neuen VOX-Umfragen, *Widerspruch* 24, 92–100.
- Ladner Andreas (1991), Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene – die Beteiligung an Gemeindeversammlungen, *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, 31, 63–86.
- Levy René, Zwicky Heinrich (1980), Recherche sur l'activité politique en Suisse, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 6, 463–483.
- Levy René, Zwicky Heinrich (1984), Politische Partizipation und neuere Aktionsformen, in: Klöti U. Hg., *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Bd 2., P. Haupt, Bern/Stuttgart, 279–312.
- Lewis-Beck Michael S., Lockerbie Brad (1989), Economics, Votes, Protests. Western European Cases, *Comparative Political Studies*, 22 (2), 155–177.

- Linder Wolf (1980), Zur Einführung: Kommunalpolitik im Spiegel schweizerischer und deutscher Literatur, *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, 20, 9–37.
- Linder Wolf, Longchamp Claude, Stämpfli Regula (1991), Politische Kultur der Schweiz im Wandel – am Beispiel des selektiven Urnengangs, *Nationales Forschungsprogramm 21*, Kurzfassungen der Projekte, Schweizerischer Nationalfonds, Basel.
- Longchamp Claude (1991), *Politische Kultur der Schweiz im Wandel*. Veränderte Orientierungs- und Partizipationsweisen an der Schwelle der 90er Jahre, Mimeo, Bern.
- Milbrath Lester, Goel M. (1977²), *Political Participation*, Raul McNally, Chicago.
- Miller Nicholas R. (1986), Public Choice and the Theory of Voting: A Survey, *Annual Review of Political Science*, 1–15.
- Mottier Véronique (1992), *La Structuration sociale de la participation aux votations fédérales*, Papier, präsentiert am Schweiz. Politologiekongress in Balsthal.
- Nef Rolf (1979), Bundesabstimmungen 1950–1977. Eine Untersuchung über politische, gesellschaftliche und kulturelle Verhaltensmuster, *Bulletin des Soziologischen Instituts der Universität Zürich*, Nr. 39.
- Neidhart Leonhard, Hoby Jean-Pierre (1977), *Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz*. Ein Forschungsbericht im Auftrag der Justizabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Zürich.
- Nicola Jacques (1975), L'abstentionnisme en Suisse, in: Sidjanski, Dusan et al. Eds., *Les suisses et la politique*. Enquête sur les attitudes d'électeurs suisse (1972), P. Lang, Bern/Frankfurt.
- Pomper Gerald, M., Sernekos Loretta A. (1991), Bake Sales and Voting, *Society*, 28 (5), 10–16.
- Riker W. H., Ordeshook P. C. (1968), A theory of the calculus of voting, *American Political Science Review*, 62, 25–42.
- Riklin Alois, Kley Roland (1981), *Stimmabstinenz und direkte Demokratie*. Ursachen – Bewertungen – Konsequenzen, P. Haupt, Bern.
- Rose R. und Mc. Allister I. (1992), *The Loyalties of Voters*. A Lifetime Learning Model, Sage, London and Newbury Park.
- Rotter J. B. (1966), Generalized expectancies for internal vs. external control of reinforcement, *Psychological Monographs* 80, 1–28.
- Schenk M. et al. (1992), Ego-zentrierte Netzwerke in der Forschungspraxis, *ZUMA-Nachrichten*, 31, 87–120.
- Sidjanski Dusan et al. Ed. (1975), *Les suisses et la politique*. Enquête sur les attitudes d'électeurs suisse (1972), P. Lang, Bern/Frankfurt.
- Smelser Neil J. (1992), The rational choice perspective: a theoretical assessment, *Rationality and Society*, 4 (4), 381–410.
- Steiner Jürg (1969), *Bürger und Politik*. Empirisch-theoretische Befunde über die politische Partizipation der Bürger in Demokratien in besonderer Berücksichtigung der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, Hain, Meisenheim am Glan.
- Stolz Peter (1972), Wählereinfluss und Wählerverhalten in ökonomischer Sicht. Ein Vergleich zwischen der schweizerischen Referendumsdemokratie und der parlamentarischen Demokratie, *Wirtschaft und Recht*, 24, 58–68.
- Stone William F. (1981), Political Psychology, a Whig History, in: Long S. Ed., *Handbook of Political Behavior*, Vol. 1., Plenum Press, New York.
- Straits Bruce C. (1990), The Social Context of Voter Turnout, *Public Opinion Quarterly*, 54 (1), 64–75.

- Tharakan Jose (1983), *Political Attitude of the Non-voters in Switzerland*, ADAG Administration + Druck AG, Zürich.
- Vatter Adrian (1994), *Eigennutz als Grundmaxime der Politik?* Eine empirische Überprüfung des Eigennutzaxioms der Ökonomischen Theorie der Politik bei Stimmbürgern, Parlamentariern und der Verwaltung, P. Haupt, Bern.
- Vatter Adrian, Nabholz Ruth (1993), *Der Stimmbürger: homo oeconomicus oder homo sociologicus?* Ein empirischer Theorientest des Stimmbürgerverhaltens bei kantonalen Kreditvorlagen, Bern, Mimeo.
- Verba Sidney, Nie Norman H., Kim Jae-on (1987), *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, University of Chicago Press, Chicago
- Weber Max (1963), *Das Verhalten der Stimmberechtigten gegenüber Finanzproblemen im schweizerischen Bundesstaat*, Polygraphischer Verlag, Zürich.
- West Stephen G., Wicklund, Robert A. (1985), *Einführung in sozialpsychologisches Denken*, Beltz, Weinheim/Basel.
- Wolf Christof (1993), Egozentrierte Netzwerke. Datenorganisation und Datenanalyse, *ZUMA-Nachrichten*, 32, 72–94.
- Wright James D. (1981), Political Disaffection, in: Long, S. Ed., *Handbook of Political Behavior*, Vol. 4, Plenum Press, New York.

Anschrift der Verfasserin:

Sibylle Hardmeier

Rütistr. 29, CH-8044 Zürich